



**Vorarlberg**  
unser Land

unser Land



**Vorarlberg**  
unser Land

unser Land



**Vorarlberg**  
unser Land

unser Land



**Vorarlberg**  
unser Land

unser Land



**Vorarlberg**  
unser Land

unser Land



**Vorarlberg**  
unser Land

unser Land



**Vorarlberg**  
unser Land

unser Land



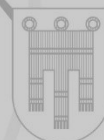
**Vorarlberg**  
unser Land

unser Land



**Vorarlberg**  
unser Land

unser Land



**Vorarlberg**  
unser Land

unser Land



**Vorarlberg**  
unser Land

unser Land

**Pressekonferenz**

**Freitag, 06. November 2020**

**Landeshauptmann Markus Wallner**

**Bürgermeisterin Andrea Kaufmann**

**(Amtsführende Vizepräsidentin Vorarlberger Gemeindeverband)**

Titelbild: © Land Vorarlberg

**Gemeinsam gegen Corona-Krise:  
Land und Gemeinden schnüren Finanzpaket**

# **Land und Gemeinden schnüren weiteres Finanzpaket**

## **Land stellt als Soforthilfe zehn Millionen Euro zur Verfügung**

**Land und Gemeindeverband haben sich geeinigt: Zehn Millionen Soforthilfe für die Gemeinden, die noch in diesem Jahr ausbezahlt werden. Zusätzlich übernimmt das Land die Personalmehrkosten für eine Gehaltsreform bei den MusikschullehrerInnen. Das Land hat nun ein neues Paket zur finanziellen Unterstützung der 96 Gemeinden geschnürt. Damit sollen Steuereinbrüche bei den Gemeinden abgedeckt werden, informiert Landeshauptmann Markus Wallner und die amtsführende Gemeindeverbandsvizepräsidentin Andrea Kaufmann. Zudem übernimmt das Land die Personalmehrkosten bei den MusikschullehrerInnen.**

Die finanziellen Auswirkungen der Pandemie haben auch die Gemeinden schwer getroffen. Vom Gemeindeverband wurden die Ausfälle bei den Ertragsanteilen, der Gästetaxe und der Kommunalsteuer alleine für dieses Jahr auf rund 60 Millionen Euro geschätzt. Auch das Land Vorarlberg rechnet mit massiven Steuerrückgängen und so wird ein Einbruch bei den Ertragsanteilen von über 100 Millionen Euro erwartet. „Wir haben uns deshalb gemeinsam ganz genau angeschaut, wie eine weitere Hilfestellung für unsere Gemeinden aussehen kann“, stellt der Landeshauptmann klar. Im Vordergrund steht, den Gemeinden bei der Bewältigung ihrer vielseitigen Aufgaben finanziell den Rücken zu stärken und sie, wo es möglich ist, wirksam zu entlasten, so Wallner. „Zu dem durch die Corona-Pandemie bedingten Einnahmefall 2020 stellt das Land eine Soforthilfe in Höhe von zehn Millionen Euro zur Verfügung“, informiert der Landeshauptmann.

### **Weitere Maßnahmen vereinbart**

In einer ersten Phase erhalten die Vorarlberger Gemeinden aus der Bundesmilliarde anteilmäßig bis zu 43,5 Millionen Euro für Investitionen. Zudem hat das Land Vorarlberg für die Sommermonate ein sechs Millionen Euro schweres Familienpaket geschnürt, vom dem auch die Gemeinden vor allem durch die Soforthilfe im Bereich der Kinderbetreuung profitieren.

Im Rahmen der Gespräche wurden nun weitere Maßnahmen vereinbart. So haben sich das Land und der Gemeindeverband auf eine Soforthilfe für die Gemeinden in der Höhe von 10 Millionen Euro geeinigt, die noch in diesem Jahr ausbezahlt wird. Zudem übernimmt das Land auch die Mittel für die geplante Gehaltsreform für die MusikschullehrerInnen. Die zu erwartenden jährlichen Personalmehrkosten (900.000 Euro) werden zur Gänze vom Land übernommen. Mit der Erhöhung der Gehälter der nach Gemeindeangestelltengesetz (GAG) bezahlten Musikschullehrenden werden die Wettbewerbsfähigkeit des Vorarlberger Musikschulwesens und die hohe Qualität der Musikschulausbildung in Vorarlberg nachhaltig sichergestellt. Die Anhebung der Gehälter sieht eine Erhöhung aller nach GAG entlohnten Musikschullehrenden um

5 Prozent vor sowie einen Sprung in der Gehaltstabelle von Gehaltsklasse 10 auf 11 nach zehn Dienstjahren.

Darüber hinaus wird im kommenden Jahr der bei der Strukturförderung enthaltene Landesanteil auf 40 Prozent (das entspricht einem Mehraufwand aus echten Landesmitteln in Höhe von ca. 600.000 Euro) und ab dem Jahr 2022 auf 50 Prozent erhöht (Mehraufwand ca. 1 Million Euro pro Jahr).

Für die kommenden Jahre wurde auch erneut eine Deckelung der Ausgaben des Sozialfonds fixiert. Der Deckel sieht eine jährliche Erhöhung nur im Ausmaß des Durchschnitts der Ertragsanteilsentwicklung der vergangenen fünf Jahre vor. Land und Gemeinden erklärten, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, damit dieser Deckel hält. Sollte er aufgrund einer außergewöhnlichen Situation überschritten werden, wurde vereinbart, über die Finanzierung dieses Überhanges Gespräche zu führen.

Das Land werde sich außerdem beim Bund über die bestehende Unterstützung nach dem Kommunalinvestitionsgesetz für eine weitere Bundeshilfe zur Abfederung der durch die Corona-Pandemie bedingten Einnahmenverluste der Gemeinden einsetzen, informiert Wallner.

### **Grundkonsens erzielt**

Sehr erfreut zeigt sich die amtsführende Vizepräsidentin des Vorarlberger Gemeindeverbands, Andrea Kaufmann, über den im Gespräch mit dem Land erzielten Grundkonsens, der besagt, dass Land und Gemeinden die Coronakrise auch finanziell gemeinsam bewältigen werden. „Für die Gemeinden ist es sehr wichtig zu wissen, dass sie in dieser Situation nicht alleine gelassen werden und das Land sehr wohl die Notwendigkeit erkennt, den Gemeinden in dieser finanziell schwierigen Situation zur Seite zu stehen“, betont Kaufmann.

Bereits vor Beginn der Pandemie sei die finanzielle Lage der Gemeinden durch das Auseinanderdriften von Einnahmen und Ausgaben angespannt gewesen. Corona habe diese Situation noch einmal deutlich verschärft. „Hinzu kommt, dass es sehr schwierig ist, Prognosen über die Höhe der Einnahmefälle abzugeben, weil niemand weiß, wie sich die Pandemie weiter entwickeln wird“, gibt Kaufmann zu bedenken.

„Corona wird sich aber nicht nur in diesem Jahr auf die Einnahmen der Gemeinden auswirken“, blickt die Vizepräsidentin in die Zukunft. „Besonders 2021 dürfte die Gemeinden mit einem geschätzten Minus von rund 59 Millionen Euro bei den Ertragsanteilen im Vergleich zur Prognose vor Corona noch einmal richtig hart treffen“, sagt Kaufmann. Das Bundesministerium für Finanzen gehe sogar davon aus, dass die Ertragsanteile selbst 2024 noch den im September 2019 geschätzten Einnahmen hinterherhinken werden. Dies zeigt, dass sich Corona deutlich nachhaltiger negativ auf die Einnahmensituation der Gemeinden auswirken dürfte, als das nach der Finanzkrise 2008 der Fall war.

„Gerade vor diesem Hintergrund ist das zweite Vorarlberger Gemeindefinanzpaket im Hinblick auf die Coronakrise aber auch längerfristig eine gute Entlastung für die 96 Vorarlberger Gemeinden“, bekräftigt Kaufmann. Die Corona-Unterstützung des Landes im Ausmaß von zehn Mio. Euro werde in den kommenden Wochen auf die Gemeinden aufgeteilt. Mit der Übernahme der Mehrkosten für die dringend notwendige Gehaltsanpassung bei den MusikschullehrerInnen trägt das Land aber auch einer langjährigen Forderung der Gemeinden Rechnung. Zudem bedeute die sukzessive Aufstockung des Landesanteils an den Mitteln des Strukturfonds bis auf 50 Prozent im Jahr 2022, dass die Bedarfszuweisungen, die ja für die Gemeinden reserviert seien, nicht überstrapaziert werden. „Die Mittel des Strukturfonds sind vor allem für die vielen kleineren Gemeinden in Vorarlberg von großer Bedeutung. Die Erhöhung des Landesanteils sichert nicht nur den Fonds selbst ab, sondern entlastet auch die Bedarfszuweisungen. Damit sind notwendige infrastrukturelle Maßnahmen in den Gemeinden weiterhin möglich“, verdeutlicht Kaufmann.

### **Gemeindeinvestitionspaket des Bundes**

Über das Gemeindeinvestitionspaket der Bundesregierung werden Städte und Gemeinden bei wichtigen kommunalen Projekten im Bereich des Infrastrukturausbaus finanziell unterstützt. So ist sichergestellt, dass für die Gemeindeentwicklung wesentliche Vorhaben nicht ausgesetzt bzw. verschoben werden müssen. Zugleich wird die Wirtschaft vor Ort unterstützt. „Das Paket setzt damit einen wichtigen Impuls für das wirtschaftliche Comeback des Landes, weil es einerseits für Wertschöpfung sorgt und andererseits Arbeitsplätze schafft und sichert“, betont Wallner. Positiv sei, dass jede Gemeinde eine Unterstützung erhalten wird, so der Landeshauptmann. Unterstützt werden unter anderem Investitionen in Kindergärten, Schulen, Betreuungseinrichtungen für Senioren oder Sportstätten, in Kirchen, Museen und andere Kultureinrichtungen, in den öffentlichen Verkehr, in den Bereich Energieeinsparung bzw. Errichtung von erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen (Ladeinfrastruktur, Photovoltaikanlagen, E Mobilität) oder in den weiteren Breitbandausbau. Nach Berechnungen des Landes könnten Vorarlbergs Städte und Gemeinden in Summe über 43 Millionen Euro an Bundesmitteln abrufen.

Herausgegeben von der Landespressestelle Vorarlberg  
Amt der Vorarlberger Landesregierung

Landespressestelle, Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz, Österreich | [www.vorarlberg.at/presse](http://www.vorarlberg.at/presse)  
[presse@vorarlberg.at](mailto:presse@vorarlberg.at) | T +43 5574 511 20135 | M +43 664 6255102 oder M +43 664 6255668 | F +43 5574 511 920095  
Jeden Werktag von 8:00 bis 13:00 Uhr und von 14:00 bis 17:00 Uhr erreichbar